

**Thomas Prinz**  
Fraktionsvorsitzender

**Martina Ruhardt**  
Stellv. Fraktionsvorsitzende

**Morris George**  
Stellv. Fraktionsvorsitzender

## Haushaltsrede 2010

**DIE LINKE.**  
**Fraktion im Rat der Stadt Herten**  
Kurt-Schumacher-Str. 2  
45699 Herten

☎ 02366 30-3540

✉ ratsfraktion@dielinke-herten.de

🌐 www.dielinke-herten.de

24. März 2010

### Rede zum Haushalt 2010 im Rat der Stadt Herten

Fraktionsvorsitzender Thomas Prinz

(Es gilt das gesprochene Wort)

### **Sperrvermerk 24.03. 15:00 Uhr**

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, verehrte Kolleginnen und Kollegen des Rates, liebe Anwesende

30,1 Mio. € neue Schulden, nur in diesem Jahr, das ist es was hier und heute beschlossen werden soll, und um es gleich vorweg zu nehmen, DIE LINKE wird dem uns hier vorliegenden Haushaltsentwurf für 2010 nicht zustimmen.

Mit den neuen Schulden von 30,1 Mio. €, wird sich der Gesamtschuldenberg in Herten bis zum Ende des Jahres auf mindestens 260,- Mio. € erhöhen. Damit steigt die pro Kopf Verschuldung der

Hertener Bürgerinnen und Bürger, vom Neugeborenen bis zum Greis, auf unglaubliche 4.300,- €.

Das, meine Damen und Herren, sind alles in allem erschreckende Zahlen und zwangsläufig stellt sich hier die Frage nach den Schuldigen.

DIE LINKE ist der Auffassung, dass neben einigen Fehlentscheidungen hier vor Ort von Politik und Verwaltung zu denen ich gleich etwas sagen werde, sowohl der Bund als auch das Land maßgeblich zu dieser desaströsen Haushaltslage beigetragen haben. Und das seit etlichen Jahren.

Liegt es daran das kein Geld da ist? Anscheinend nicht! Die Schwarz-Rote Koalition in Berlin konnte doch mal ebend, wir erinnern uns, 480 Milliarden Euro in Form von Kapitalhilfen und Bürgschaften zur Rettung der deutschen Banken bereitstellen, und das innerhalb von nur einer Woche! Zum Vergleich, von den Beratungen bis zur Verabschiedung des Bundeshaushaltes vergeht ein halbes Jahr!

Wie lange uns dieser Schuldenwahnsinn noch belasten wird ist ungewiss, aber es wird mit Sicherheit Jahre oder gar Jahrzehnte dauern, bis wir uns davon wieder erholen werden. Falls das überhaupt jemals passiert. Was aber heute schon beantwortet werden kann, meine Damen und Herren, ist die Frage, wer all die ganzen Schulden zurückzahlen darf.

Denn das, und da brauch man kein Prophet sein, werden die Bürgerinnen und Bürger sein. Darüber gibt es keine Diskussion mehr und wird immer mehr Menschen auch klar. Das heißt ganz konkret, auch die Bürgerinnen und Bürger hier bei uns in Herten werden für diese Krise zahlen, ob sie wollen oder nicht. 30,1 Mio. € neue Schulden, und das nur für dieses Jahr, sprechen hier eine eindeutige Sprache.

Das heißt konkret nichts anderes als das in unserer Stadt Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, Rentnerinnen und Rentner, Arme, Alte, Kranke, Kinder und Arbeitslose, all diese Schulden der Banker und Zocker zurückzahlen müssen. Auch und gerade durch Streichungen in dem hier uns vorliegenden Haushalt.

Dazu kann ich nur sagen: Unser Einverständnis bekommen Sie dafür niemals. Solange dieses Land noch genügend Geld hat um Hotelbesitzer und Erben zu subventionieren, den Spitzensteuersatz von 53 Prozent auf nunmehr 42 Prozent zu senken, Börsentransaktionen nicht zu besteuern, Einkommensmillionäre und große Kapitalgesellschaften zu entlasten, so lange wird es von der LINKEN keine Zustimmung geben um auch nur irgend einen Euro zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Daseinsvorsorge oder zur Finanzierung sozialer Einrichtungen hier vor Ort einzusparen. Diese Ungerechtigkeit, meine Damen und Herren, machen wir nicht mit, nicht heute und auch in Zukunft nicht!

Von uns wird heute erwartet, dass wir schmerzhaften Einschnitten zustimmen. Wir müssen der Realität ins Auge sehen, hört man landauf, landab. SPD und CDU bringen dazu in diesen Tagen einen gemeinsamen Antrag ein mit dem Ziel „unsere Stadt nicht kaputt zu sparen,, Im gleichen Antrag aber, nur ein Satz weiter, ist von Einsparungen in einer siebenstelligen Größenordnung die Rede. Hier soll bei den Personalkosten mindestens (!) Ein Prozent eingespart werden. Mindestens Ein Prozent, oder können es vielleicht auch vier oder Fünf sein, meine Damen und Herren von SPD und CDU? Wenn ich Beschäftigter der Stadt Herten wäre, dann würde ich mir spätestens jetzt Gedanken machen! Eine solche Forderung kommt aus unserer Sicht einer politischen Kapitulation gleich! Wem gerade in diesen Zeiten nichts Besseres einfällt als im Personalbereich den Rotstift anzusetzen, meine Damen und Herren, der fängt an unsere Stadt wirklich kaputt zu sparen!

Herr Bürgermeister, verehrte Kolleginnen und Kollegen.

Aufgrund der wegbrechenden kommunalen Einnahmen können wir dringend notwendige Aufgaben nicht anbieten.  
u.a. gibt es keine kostenlose Schulspeisekost für Hartz IV Empfänger. Es gibt keinen weiteren Ausbau der Lehrerausbildung und es fehlt das Angebot einer echten Schulaufgabenbetreuung um hier nur einige Beispiele zu nennen.

Meine Damen und Herren

Die für unsere Stadt, von Bund und Land übertragenen Pflichtaufgaben sind mit den finanziellen Zuweisungen schon längst nicht mehr

finanzierbar, ich hatte es eingangs erwähnt. Das Gebot der so genannten Konnexität ist somit nicht mehr gewährleistet. Diese Stadt hat in erster Linie kein Ausgabeproblem wie man anhand der uns vorliegenden Zahlen vermuten könnte, nein, diese Stadt hat wie viele andere Städte in unserer Region, ein Einnahmeproblem. Die chronische Unterfinanzierung der Kommunen bei der Wahrnehmung ihrer gesetzlichen Aufgaben ist unserer Auffassung nach Verfassungswidrig. Hier muß endlich gelten: Wer die Musik bestellt, der muss sie auch bezahlen! DIE LINKE hat an dieser Stelle, übrigens als einzige Partei, ganz konkrete Finanzierungsvorschläge gemacht. Ich will aus Zeitgründen nur zwei nennen.

Neben einer neuen Gemeindefinanzierungssteuer, die als Erweiterung der Gewerbesteuer weiterentwickelt werden soll, fordert DIE LINKE eine Millionärssteuer, also eine Steuer von 5 Prozent auf Vermögen von über einer Million Euro. Bei der gegenwärtigen Einwohnerzahl unserer Stadt würde alleine diese Steuer, eine Mehreinnahme von fast 31 Mio. Euro bedeuten oder anders ausgedrückt, wir hätten in diesem Jahr einen ausgeglichenen Haushalt.

Meine Damen und Herren

Die eingereichte Verfassungsklage zur Neuordnung der finanziellen Ausstattung notleidender Kommunen, welche DIE LINKE sehr begrüßt, kann hier deshalb nur der erste Schritt sein. Weitere Maßnahmen müssen folgen. Auch hier in diesem Gremium können wir dazu beitragen. Als Stichwort nenn ich hier den Begriff des zivilen Ungehorsams. Warum nicht mal einen Haushalt gemeinsam ablehnen. Ein deutliches Zeichen an die handelnden Akteure wäre das mit Sicherheit. DIE LINKE, Herr Bürgermeister, würde diese Geste des Widerstandes uneingeschränkt unterstützen.

Meine Damen und Herren.

Das eine ist es die prekäre Situation in der wir uns seit Jahren befinden festzustellen, ein anderes ist es aber sie mit politischem Willen abzustellen.

Und genau an diesem Punkt frag ich sie doch mal verehrte Kolleginnen und Kollegen von CDU und SPD, was haben sie denn unternommen um ihren politisch verantwortlichen in Bund und Land Dampf unterm Hintern

zu machen. Was haben sie getan, um sich für eine längst überfällige und neue Gemeindefinanzierungsregelung stark zu machen? Was bitte schön haben sie konkret unternommen?

Und genau an dieser Stelle, verehrte Kolleginnen und Kollegen, fällt ihre Bilanz bei näherer Betrachtung doch sehr bescheiden und traurig aus.

Es ist ja nicht so das Außerirdische uns die letzten Jahre regiert hätten. Nein, meine Damen und Herren, ganz im Gegenteil.

Es waren Vertreter von SPD, CDU, FDP und Grüne die mit wechselnden Mehrheiten in Bund und Land, und somit auch indirekt über diese Kommune regiert haben. Dem finanziellen Ausbluten der Kommunen stehen Steuergeschenke für Besserverdienende, Kapitalgesellschaften, Einkommensmillionäre Hotelbesitzer und Erben entgegen. Das alles sind Fehlentscheidungen ihrer Parteien. Und wenn sie ehrlich wären, meine Damen und Herren, dann müssten sie die Verantwortlichen in ihren eigenen Reihen suchen und nicht ständig mit Fingern auf andere zeigen. Die jahrelange unsoziale Umverteilungspolitik ihrer Parteien, ist maßgeblich Schuld für die derzeitige Situation in unserer Stadt und ich bin mir sicher, dass sie die Quittung auch dafür, bei den kommenden Landtagswahlen bekommen werden.

Herr Bürgermeister, verehrte Kolleginnen und Kollegen.

Aufgrund der desaströsen Haushaltslage war die Entscheidung richtig, in unserer Stadt kein neues Rathaus bauen zu wollen, sondern lediglich das alte zu modernisieren. Wäre es hier nach dem Willen der CDU- Fraktion gegangen, hätte sich unsere Stadt um weitere 15 Mio. € verschuldet. In diesen Zeiten, unverantwortlich wie wir meinen.

Und doch gibt es auch bei uns in Herten, neben dieser richtigen, aber auch eine ganze Reihe von kuriosen politischen Fehlentscheidungen, die aber auch gleichzeitig aufzeigen, wie abhängig wir mittlerweile von Fördertöpfen aus Land, Bund oder EU sind.

Lassen sie mich, aufgrund der Redezeitbegrenzung nur Zwei Beispiele aufzählen.

Als erstes spreche ich hier das zukünftige Tourismusbüro auf dem Ewaldgelände an.

Hier wird, entgegen dem Willen der Mehrheit Menschen in unserer Stadt, eine zweifelhafte Maßnahme mit der SPD Mehrheit durchgepeitscht, die nicht nur gegen jede Vernunft ist, sondern auch noch viel Geld kosten wird. Nicht weniger als 436.000,- € an Steuergeldern werden hier verwendet, um am Ende ein Tourismusbüro zu bauen das wenige haben wollen und keiner braucht, und das an einem Ort, den 8 von 10 Menschen in unserer Stadt ablehnen! Vom zukünftigen Nutzen ganz zu schweigen.

Das, liebe Kolleginnen und Kollegen der SPD, ist Politik mit der Brechstange! Die Notwendige Weitsicht, die sie beim Modernisierungsbeschluss des Rathauses bewiesen haben, lassen sie leider an dieser Stelle vermissen. Ich sage ihnen an dieser Stelle voraus, dass das geplante Tourismusbüro ein Rohrkrepiierer wird, dafür brauch man kein Hellseher zu sein.

An dieser Stelle der Hinweis Herr Bürgermeister, wartet DIE LINKE immer noch auf das zugesagte Personalkonzept.

Ein zweites Beispiel sind die Einschnitte bei der Jugend,- und Seniorenbetreuung in Herten Süd.

Genau an diesem Punkt wird der ganze Wahnsinn des zweckgebundenen Einsatzes von Fördermittel deutlich.

Ich weiß nicht wie es ihnen geht, meine Damen und Herren, aber ich kann mich nicht wirklich freuen, wenn uns der Regierungspräsident in seine Gunst noch einen Farbtopf genehmigt um Süd erblühen zu lassen, wenn gleichzeitig bis 2013 im Bereich der Jugendarbeit insgesamt 555.000,- €, im Bereich der Seniorenbetreuung 409.000,- € und im Bereich der Integration von Migrantenfamilien 150.000,- € eingespart werden soll.

Trotz dieser schmerzlichen Einschnitte gibt es unter den Ratsmitgliedern welche, die sich trotzdem noch darüber freuen, das Geld für Fassaden da ist, aber nicht für die Menschen die hinter ihnen leben. Unsere Begeisterung zu diesem Streichkonzert, meine Damen und Herren, hält sich an dieser Stelle doch deutlich in Grenzen. Wenn das die Politik der Zukunft sein soll, dann kann ich nur sagen „Gute Nacht“.

Und wo wir gerade bei Herten Süd sind:

Ich möchte den Anwesenden an dieser Stelle sehr deutlich sagen, dass falls es durch das Zusammenstreichen der Fördermittel in Herten Süd dazu kommen sollte dass das, für diesen Stadtteil so wichtig- und notwendige SÜD-Kap geschlossen werden soll, wird DIE LINKE erbitternsten Widerstand leisten.

Verehrte Ratsmitglieder

Auch an dem Beispiel Herten Forum wird deutlich, dass sie aus den Fehlern der Vergangenheit nichts gelernt haben. Was sie hier unter Stadtentwicklung verstehen, geht völlig an den realen Entwicklungen und Anforderungen in Herten vorbei. DIE LINKE hat zu diesem Thema in ihrem Kommunalwahlprogramm umfangreiche Lösungsvorschläge erarbeitet. Schauen sie einfach mal rein, es lohnt sich!

Herr Bürgermeister, meine Damen und Herren.

Für die Fraktion DIE LINKE ist der vorliegende Haushaltsentwurf

aus den von mir genannten Gründen nicht nur sozial unausgewogen, sondern er lässt auch Akzente vermissen die dringend notwendig wahren, um den notwendigen Anforderungen der gesellschaftlichen Entwicklung auch in unserer Stadt gerecht zu werden.

Waren wir es nicht, die in diesem Gremium vor kurzem festgestellt haben, das wir immer älter und weniger werden? Das Integration ein zentrales Thema in Herten ist, und auch das die Jugendarbeit stärker gefördert werden muss?

Der uns nun vorliegende Haushalt lässt aus unserer Sicht diese, für den Zusammenhalt unserer Gesellschaft wichtigen Schwerpunkte vermissen. Ganz im Gegenteil. Genau bei diesen zentralen Themen wird der Rotstift angesetzt. DIE LINKE sagt an dieser Stelle deutlich NEIN und wird sich an diesem Sparwahnsinn nicht beteiligen!

Verehrte Anwesende, meine Damen und Herren

Wir begrüßen es in diesem Zusammenhang außerordentlich, dass der Kämmerer unserer Stadt, Herr Kreuz, die am 02. Februar eingebrachte

Resolution der Linksfraktion zur Entschuldung notleidender Kommunen, aufgenommen, und sie als gemeinsamen Kompromiss im Rat eingebracht hat. Eine „Bad Bank“ oder ein „Entschuldungsfond“, beides geht in die gleiche Richtung, ist der richtige Weg um die drohende bilanzielle Überschuldung für Herten auszuschließen. Unsere Fraktion, Herr Kreuz, unterstützt dieses noch mal ausdrücklich!

Und wenn, meine Damen und Herren, nach der Landtagswahl im Mai, die neugewählte Landesregierung, unabhängig davon wer es ist, diese längst überfälligen Finanzstrukturreformen nicht schnellstens auf dem Weg bringen, dann werden in unserer Stadt ganz schnell die Lichter ausgehen.

Das wäre das Ende des selbstbestimmten kommunalen Parlamentes. Der Rat kann sich dann in seinen zukünftigen Sitzungen nur noch Treffen zum kollektiven Absingen der Nationalhymne, um anschließend wieder nach Hause zu gehen, weil er nichts mehr was die Grenze von 60,- € überschreitet zu beschließen hat. Der Bürgermeister hat am letzten Samstag auf der DGB- Kundgebung darauf hingewiesen.

Das wäre, Herr Bürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen, da sind wir uns alle einig, weder zukunftsweisend noch nachhaltig, sondern das Ende der kommunalen Selbstverwaltung. Die finanzielle Mindestausstattung eine Kommune muss jedoch ausreichend sein, um nicht nur die Pflichtaufgaben zu erfüllen, sondern darüber hinaus auch eigene Aufgaben, in enger Abstimmung mit der Politik in Angriff nehmen zu können. Nur im letzteren Bereich findet kommunale Selbstverwaltung im eigentlichen Sinn ihr Betätigungsfeld.

Als Alternative, und das zeigen immer mehr Beispiele aus anderen Städten, werden kommunale Aufgaben an Private oder Ehrenamtliche abgegeben.

Verstehen Sie mich nicht falsch, auch wir stehen hinter dem Ehrenamt. Dies ist ein wichtiger Grundpfeiler unseres gesellschaftlichen Miteinanders.

Aber, DIE LINKE wehrt sich ganz entschieden dagegen, meine Damen und Herren, wenn Ehrenamt, gute tariflich zu bezahlende und zu leistende Arbeit anfängt zu ersetzen. Die Vorschläge von SPD und CDU in der Verwaltung Personal abzubauen, sind für uns ein erstes Warnasignal das

es genau in diese Richtung geht.

Und zu den Sponsoren aus Stiftungen, Wirtschaft und der vermögenden Bevölkerung kann ich nur sagen, vielen Dank dafür, aber lieber wäre es mir, es hätte die vielfältigen Steuerentlastungen für Unternehmen und höhere Einkommen nicht gegeben und wir müssten jetzt nicht über die leere Haushaltskasse reden während Vermögende und Hotelbesitzer sich die Hände reiben.

Wir, sehr geehrter Herr Bürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen, sollten deswegen alles unternehmen um an dem notwendigen Prinzip der öffentlichen Daseinsvorsorge festzuhalten. Und genau deswegen gibt es für DIE LINKE nur einen Grundsatz zu diesem Thema: Öffentliches Eigentum gehört in öffentliche Hand!

Denn eine Kommune, die ihre Leistungen auf den Einsatz von Sponsoren aus dem Bereich der Wirtschaft oder etwa nur auf bürgerschaftliches Engagement aufbaut, steht auf einem wackeligen Fundament. Sie ist von dem Wohlwollen dritter abhängig. Wir alle gemeinsam sollten ein großes Interesse daran haben, dass es dazu nicht kommt.

Die aktuellen Sparmaßnahmen in den Handlungskonzepten für Herten Süd und Herten Nord basieren in der irrigen Annahme, man könnte auf diese Weise die bestehenden Probleme der jeweiligen Stadtteile lösen. Die vom Regierungspräsidenten geforderten weiteren Einsparungen werden unserer Stadt alles andere als gut tun. Ich sage hier auch ganz deutlich für unsere Fraktion: Soziale Projekte gehören nicht in irgendwelche Handlungskonzepte!

Ein Negativbeispiel hier ist das Streichen von 356.000,- € im Bereich der Sprachförderung für das Handlungskonzept Herten-Nord. Im selben Projekt aber geben wir gleichzeitig 183.000,- € nur für Öffentlichkeitsarbeit aus. Hier, meine Damen und Herren, sind die Schwerpunkte eindeutig falsch gesetzt! Diesen sozial unausgewogenen Weg wird DIE LINKE auf keinen Fall mitgehen, sondern sich vehement dagegen stemmen. Wir haben bereits rechtzeitig, auch in diesem Kreis, deutlich gemacht das wir damit nicht einverstanden sind. Ich hätte mir an dieser Stelle auch etwas mehr Engagement von SPD und CDU hier im Rat

gewünscht, anstatt alles nur abzunicken und durchzuwinken. Jeder Euro der in Menschen investiert ist und nicht in Farben für Hausfassaden, meine Damen und Herren, ist ein Euro der gut investiert ist!

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, meine Damen und Herren, verehrte Anwesende

Lassen sie mich zum Schluss noch einmal feststellen das für uns alle, die Kommune der wichtigste Bezugspunkt ist. Mit Kindern und Familie, Partnerschaften und Nachbarn haben wir die Aufgabe unsere Stadt zu gestalten, gemeinsam und solidarisch miteinander.

Den jetzt vorgelegten Haushaltsplan mit den geplanten sozialen Einschnitten, lehnen wir aber aus politischen Gründen ab. Hierfür sollten diejenigen die Verantwortung tragen, die im Bund und Land die Möglichkeit haben, für eine ausreichende Finanzierung und somit für auskömmliche Bedingungen in unserer Stadt zu sorgen.

Ein herzliches Glückauf

*Thomas Prinz*